



Mühleberg

stilllegen!

AMüs

Aktion Mühleberg stilllegen

Postfach 6307, 3001 BERN

www.amues.ch

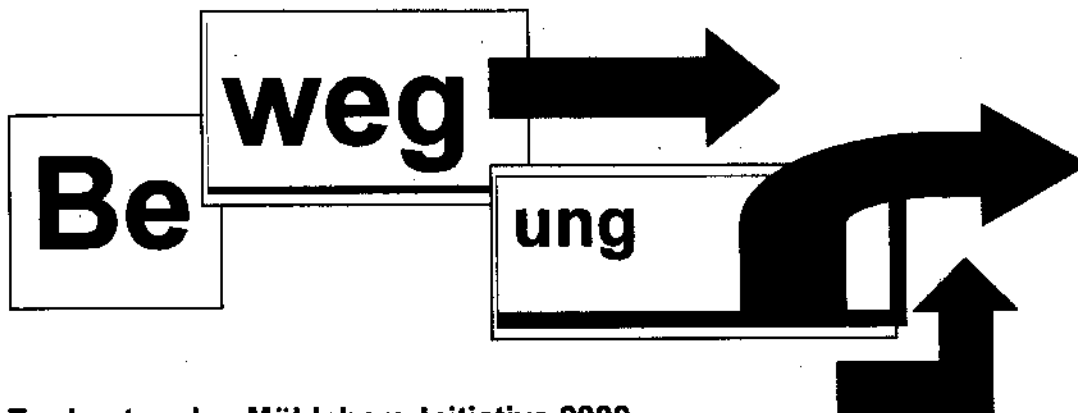
Info Nr. 55/März 2000
Versand 4x jährlich
Abo Fr. 15.-/Einzelnr. 2.-
PC Bern 30-24746-7

Nächste Mühleberg-Abstimmung: Herbst 2000

Atomkraft

ist nicht eine Frage

der Stromversorgung!



Zur kantonalen Mühleberg-Initiative 2000

Die Stromversorgung ist heute kein Problem. Europaweit stehen intakte Produktionsanlagen still, weil die Elektrizitätswerke buchstäblich im Strom ertrinken. Angesagt ist heute vielmehr eine massive Risikominderung. AMüs hat sich seit je für die sofortige Stilllegung der Atomanlagen eingesetzt. Taktisch haben wir seit den Bewilligungsverfahren Mühleberg und Beznau das Ziel verfolgt, dass die alten AKW sofort abgestellt werden müssen.

Aus diesem Grund haben wir die Initiative für die Stilllegung von Mühleberg 2002, vorangetrieben speziell in SP-Kreisen, unterstützt. In einer Initiative ist das "Sofort" schwer zu formulieren. Andererseits entbindet uns die Initiative nicht davon, unser Ziel auf andere Weise zu erreichen. Aber eine Initiative bringt natürlich auf demokratische Weise Themen wieder aufs Tapet, welche in letzter Zeit gesellschaftlich mehr und mehr in den Hintergrund gerückt sind.

Es rumort im Stromsektor

Mit der Liberalisierung müssen die Elektrizitätsversorgungsunternehmen ihre bisherige Monopolstellung aufgeben und vor allem um Grosskunden buhlen. Quintessenz ist ein internationaler Konzentrationsprozess. Da gibt es Grundstückzusammenlegungen wie bei einer mittelalterlichen Heirat, schön ist's, wenn auch die Hochspannungsleitungen zusammenpassen. Dabei wird die öffentliche Hand, lange Zeit ein wesentlicher Faktor im Stromsektor, nach und nach ausgebootet. Oder sie bootet sich selbst aus.

"Soll verhindert werden, dass die politischen Behörden des Kantons dereinst nur noch reagieren können, so bedarf es bereits heute einer breiten Auseinandersetzung mit der Frage nach der künftigen Stromversorgung. Die strategisch notwendigen Entscheide sind so rasch als möglich voranzutreiben. Unabdingbare Voraussetzung einer erfolgreichen, zukunftsgerichteten Strompolitik ist ein gesellschaftspolitischer Grundkonsens." (Aus:

Schlussbericht der Begleitgruppe Strompolitik des Kantons Bern, Juli 1998).

Es pfeifen's alle Spatzen von den Dächern: Was Energiedirektorin Dori Schaer-Born in der kantonalen Energiepolitik bisher geleistet hat, ist nicht brauchbar. Wie ihre Haltung oft in die Absurdität abgeglitten ist, hat sie in manchen Gesprächen, bei denen wir teilgenommen haben, kundgetan: Grimsel West mit Windstrom vollpumpen; Mühleberg ist sicher, denn Frau Schaer hat sich die Nachrüstung SUSAN von der BKW zeigen lassen.

- Und dann die äusserste Wertschätzung der Preussen Elektra, Atombetrieb par Excellence und neue Grossaktionärin der BKW. Die Energiedirektorin kann ja die Nase direkt anbieten, damit man auf ihr rumtanzen kann...

Doch die Nase hätte ab und zu auch die Funktion, dass man sich bei ihr nehmen kann: Besonders wenn grosse Fehler passiert sind. - Zu einem solchen Fehler zählen wir nun eindeutig die Planungsleiche Grimsel West. Energiepolitisch von den Atomköpfen jahrelang gelobt und von Schaer papageienhaft verteidigt, gegen alle Argumentenvielfalt der GegnerInnen.

Und das AKW Mühleberg? Das Berner Volk hat am 16. Februar 1992 klar Stellung bezogen gegen die AKW-freundliche Regierungshaltung (damals war René Bärtschi noch Energiedirektor). Aber die neue Energiedirektorin hat es nach der Mühleberg-Bewilligung 1992 des Bundesrates nicht verstanden, diese bernische Meinungswende in eine zukunftsweisende Strategie umzumünzen und halt auch mal die Strombarone zu provozieren. Sie hat es nicht nur nicht verstanden, sondern sie hat auch nichts in dieser Richtung unternommen. Stattdessen hat sie in die Wundertüte modernistischer Gesprächskultur gegriffen und eine "Dialoggruppe" zusammengerufen. Und da konnte sie sich - bequem - hinter den alten Konflikten verstecken: *"Die Diskussionen zeigten in manchmal ermüchternder Art auf, dass eine Annäherung der Standpunkte bei Themen wie etwa 'Grimsel West' oder 'KKW Mühleberg' durch Versachlichung nur*

bedingt möglich ist". (Vorwort der Energiedirektorin zum Schlussbericht der Begleitgruppe ...).

Grimsel West war so nicht mehr zu retten; jetzt wäre der Schrottreaktor Mühleberg dran. Und wie hat sich's jetzt mit der Nase, Frau Schaer-Born?

Neue Impulse von unten

Letztes Jahr wurde die kantonbernische Initiative zur Stilllegung des AKW Mühleberg eingereicht. Voraussichtlich im Herbst 2000 soll sie zur Abstimmung gelangen. Endlich wird damit etwas in Gang gesetzt. Die BKW wird donnen: Wertvernichtung, Arbeitsplatzzerstörung, sicherer Betrieb, papipapo...

Eine Stilllegung ist kein Sonntagsspaziergang. Uns ist es ein Anliegen, eine Kampagne auch in grundsätzlicher Richtung zu führen und die Demokratie zu bewegen. Das benötigt:

- Neue Akzente in der Risikopolitik der Schweiz und des Kantons Bern.
Der Bundesrat und die Überwachungsbehörden müssen wieder konzentriert mit Risikofragen in der Öffentlichkeit konfrontiert werden. Positionen gegen Mühleberg haben wir genug. Bisher haben wir uns durch die Serie von Bewilligungsverfahren durchgehängt und dies als Anlass genommen. Hoch-Risiko ist aber heute eine Alltäglichkeit, seine Bekämpfung darf nicht auf Anlässe warten.
- Eine wirtschaftlich seriöse Beurteilung der AKW.
Heute werden die Strompreise der AKW europaweit subventioniert. Das Beharren auf Atomstrom geht zu Lasten der Volkswirtschaften während sich die Stromer vollstopfen und Geld aufnen für die nötigen Umstrukturierungen.
- Die klare Ausrichtung auf eine neue Energiedienstleistungs- und Sparpolitik.
Seit Jahren liegen in Europa Energiekonzepte vor, welche ökologisch sind und auch ökonomisch durchführbar wären. Die bernische Regierung hat sich allerdings immer an den Atomfanz gehalten. An uns ist es, ein konkretes Programm vorzulegen für die Umsetzung der gesteckten Ziele. Unsere VertreterInnen in der Dialoggruppe des Kantons Bern haben schon Einiges vorgelegt: Abbau der Elektroheizungen, Förderung der Wärme-Kraft-Kopplung, Energierat im Kanton, und Anderes mehr.

Insofern ist die Initiative natürlich mit einem gewissen Risiko behaftet, weil der Stilllegungszeitpunkt - richtigerweise - früh gewählt wurde und die Zeit wegen der schlampigen bernischen Energiepolitik drängt. Obwohl die Energie allgemein zu den wichtigsten Produktionsfaktoren gezählt wird, wird

sie zu wenig analysiert und kontrolliert: In den BKW-Jahresberichten füllen die Finanz-Statistiken 19 Seiten, während den Zahlen zur Stromproduktion nur 1 Seite und zum Verbrauch und Handelsgeschäft nichts gewidmet ist! - Der Kanton Bern selbst führt nicht einmal periodische Elektrizitäts-Statistiken. Der letzte Energiebericht, welchen der Kanton mit strategischen Zielen und einigermaßen umfassenden Produktions- und Verbrauchszahlen vorgelegt hat, stammt aus dem Jahre 1990. Es braucht eine Politik von unten, um neue Impulse durchzusetzen. Das bedeutet, dass wir ein sehr breites tragfähiges Bündnis anstreben müssen. Deutlich geworden ist, dass die Berner Regierung das Signal der Initiative nicht verstanden hat. Ein Betrieb Mühlebergs bis ins Jahr 2012 sei das Richtige, urteilt Schaer.

Fatale Fehleinschätzung des Regierungsrates

Hier einige Begründungen der ablehnenden Haltung der Regierung zur Initiative:

Die risikotechnischen Punkte lassen wir einmal beiseite. Es ist bekannt, dass Dori Schaer-Born sich auf diesem Gebiet immer hinter dem Bundesrat versteckt. Mag auch die atomfreundliche Internationale Atomenergie Agentur das schweizerische Kontrollsystem noch so kritisieren, bei der kantonalen Regierung heisst es: Kannitverstan! Über mehr Details informiert der Artikel "Fragen an die Verantwortlichen" in diesem Bulletin.

Wie Konfitüre klebt die Energiedirektorin mit ihrer Verwaltung auch an den alten Vorstellungen, dass praktisch nur durch Importe der Ersatz von Mühleberg bis 2002 zu gewährleisten sei. Ihre Dialoggruppe hatte 1998 resümiert: *"In der Begleitgruppe wird der nachfolgende Antrag von gleich vielen Mitgliedern unterstützt, resp. abgelehnt: Dem Regierungsrat wird empfohlen, einen Energierat zu bilden und diesen damit zu beauftragen, die politischen Behörden im Kanton in Fragen der Energiepolitik zu beraten und Umsetzungsstrategien zu entwickeln."* Schaer hat nichts getan: Sie sitzt auf der reaktionären Seite, anstatt das minimal Mögliche endlich durchzusetzen. Dass eine unentschlossene "Führung" in der Exekutive nur den Betonköpfen huldigt, zeigt folgende Erkenntnis aus dem Zweiten Energiebericht des Kantons Bern von 1990: *"Der Ausstieg verlangt klare und rasche Entscheide zugunsten einer wesentlich verstärkten Politik der rationellen Energieanwendung. ...Erforderlich sind zudem zahlreiche Innovationen bei behördlichen Aktionen, vor allem zur Unterstützung technischer Neuerungen und zu konkre-*

ten Anwendung von Spartechnologien". Kannitverstan!

Den Gipfel argumentativer Dummheit stellt nun folgende Einwendung gegen die Initiative dar: Volkswirtschaftlich sei das Begehren nicht tragbar, weil in den 10 Jahren bis 2012 - bis dahin hat der Bundesrat den Betrieb bewilligt - 6000 Personenjahre Arbeit vernichtet würden. *"Die eigens ausgebildeten und hohspezialisierten Fachkräfte des KKM dürften kaum eine andere gleichwertige Anstellung finden"*. Die Dummheit besteht natürlich darin, Personenjahre mit Arbeitskräften gleichzusetzen. Hier gälte es, die Altersstruktur des Personals unter die Lupe zu nehmen. Die BKW hat deutlich gesagt, dass es in den Jahren einen Erneuerungsschub des angestammten Personals braucht. So wäre also der Zeitpunkt für eine Stilllegung gerade günstig. Und: seien wir wachsam! Kerntechnisch ausgebildete Personen gibt es immer weniger; die Berufe in AKW sind ein Auslaufmodell. Die Atomtechnologie, gesellschaftlich heftig umstritten (und von unserer Gegenseite als Übergangstechnologie anerkannt), ist keine Zukunftstechnologie und vermag Junge nicht mehr anzuziehen.



Wie gesagt: Das Risiko zu verlieren mag hoch sein für unsere Initiative. Das Risiko ist aber viiiiiel kleiner als das Risiko einer Kernschmelze in Mühleberg.

Der für die Lancierung der Initiative gegründete Verein "Bern ohne Atom" hat sich schon wieder zusammengerauft. Vertreter sind auch schon vor der Grossratskommission gegen die BKW angetreten. Angesagt ist neben den oben skizzierten inhaltlichen Schwerpunkten das Organisatorische der Kampagne.

Wir im AMüs werden uns schwerpunktmässig auf das Risiko konzentrieren. Denn dieses geht uns ans Lebendige. Noch haben wir den strahlenden Köhli (auch) als Signet.

Viele Leute sagen: Es muss wieder etwas passieren, bevor in der Bevölkerung etwas geht. Wie bringen wir einen Prozess in Gang, dass das Verständnis von Risiko so gross ist, dass nichts mehr passieren kann? Das verlangt viele Argumente, viel sinnliche Vorstellungskraft, viel Witz und Freude und solidarisches Handeln gegen eine Technologie der Zerstörung.

Schaffen wir diesen Haufen Arbeit in einem halben Jahr bis zur Abstimmung? Helft mit! - With fun.



Dazu haben wir 1999 Ihr Geld verwendet:

Jahresrechnung 1999

Einnahmen

Stand Postscheckkonto	
31.12.1998	8'695.72
Abonnemente und Spenden	12'958.50

	21'654.22

Ausgaben

Druckkosten Amüs-Infos Nr.51-54	7'709.35
Informationsstände, Bewilligungen, Bastelmaterial, Fahrkosten	560.00
Veranstaltung und Seminar	450.00
Mietanteil Kollektivbüro	516.00
Bücher, Zeitschriften, Dokumentationen und Bibliotheksgebühren	417.00
Kopien, Büromaterial, Computerzubehör	496.75
Posttaxen und Porti	1'294.15
Mitgliederbeiträge an Gesamtschweiz. anti-AKW-Koordination, an Initiativenbüros und Solidaritätsbeiträge	1'850.00
Weihnachtsessen mit SympathisantInnen /Unterschriften-Sammelnden	400.00

Total Ausgaben	13'693.25

Stand Postscheckkonto

31.12.1999:	7'960.97
-------------	----------

Wir hatten in den vergangenen zwei Jahren eine massive Spendeneinbusse gegenüber früheren Jahren von fast 40%. Wir hoffen natürlich, dass sich dies im Abstimmungsjahr 2000 wieder korrigieren lässt.

Umsomehr danken wir allen AMüs-Spenderinnen und -Spendern ganz herzlich für ihre Unterstützung.

Grenzenlos

**unser Bedarf an Spenden
in der Zeit einer Abstimmung...
und unser Dank!**

PC-Konto Bern 30-24746-7

4

„Uran ist der Rohstoff für eine Machtelite, die sich die Erde und ihre BewohnerInnen als Geiseln genommen hat“ - Petra Kelly am World Uranium Hearing 1992

Verbrechen Uran-Abbau

5 x 18 x 30 = ?



Beim Urantagebau kommen auf 1 Tonne Uranerz 50 Tonnen Abraum, davon 2 Tonnen radioaktiv verseucht mit hoher Umweltbelastung durch Radongase. Hinzu kommt CO₂-Freisetzung bei der Schürfarbeit. Von der 1 Tonne Uranerz wandern nochmals 80% hoch radioaktiv belastet auf die Abraumhalden. Bei der weiteren Verarbeitung werden grosse Mengen Schwefelsäure, Salzsäure, Ammoniumnitrate etc. benötigt und grosse Mengen Radon 222 freigesetzt. Schlussendlich stehen den 30 Tonnen angereichertem Uran, die ein 1000 Megawatt AKW (Gösgen, Leibstadt) pro Jahr verbraucht, 10'000 feste und 200'000 Tonnen flüssige Abfälle gegenüber.

Bei einer bestenfalls 30jährigen Laufzeit der 5 schweizerischen AKW kommen wir also auf 9 Millionen feste und 18 Millionen Tonnen flüssige Abfälle allein was das Uranerz betrifft. Diese sind mit Thorium, Radium 226 und Radon 222 (jeweilige Halbwertszeit 80'000 Jahre) belastet. Die Internationale Atomenergie Agentur IAEA tröstete uns bereits 1980, dass die Halden in tausend Jahren durch Erosion abgebaut sein werden, und das Thorium, Radium und Radon kostengünstig im Trinkwasser zirkulieren wird. Das freut uns aber:

Beim Untertageabbau entstehen durch Trockenlegung der Bergwerkstollen grosse Mengen radioaktiv verseuchte Abwässer, und die Arbeiter sind direkter radioaktiver Verstrahlung ausgesetzt. Folgen der langfristigen Bestrahlung, vorwiegend Lungenkrebs, sind durch langfristig angelegte Untersuchungen belegt. Trotz hoher Anerkennungsschwellen sind allein aus Wismut (Ex-DDR) 5200 Fälle offiziell anerkannt. Die meisten übrigen Untersuchungen laufen weltweit wegen der langfristigen Folgen noch: dazu gehören auch die genetischen Schäden, sprich Missbildungen bei Föten und Kindern, die in den Abraumgebieten massenhaft auftreten.

Wenn es um die Herkunft des angereicherten Urans für die Schweizer AKW geht, werden die Betreiber mit gutem Grund äusserst schweigsam. Nie NOK (Beznau I+II) begründete dies mit „Wettbewerbs-Überlegungen“. Sie sind im An- und Verkauf von Uran tätig. Gösgen und Leibstadt haben Beziehungen nach Europa, USA, Afrika, Russland. Mühleberg bezieht sein Uran aus den USA (Bautyp-Deal der Sechzigerjahre). Nebst den diversen undurchsichtigen Beteiligungsnetzen ergibt sich eine direkte Verbindung über den Grossaktionär der Bernischen Kraftwerke AG, die Preussen Elektra. Deren Muttergesellschaft VEBA (neu in Fusion mit der Viag) hat so oder so überall die Finger drin. Preussen Elektra ist selber mit 10% an der deutschen Urangesellschaft (Hauptaktionär ist die COGEMA) beteiligt. Von dort führt die Spur zur ERA (Energy Resources of Australia).

Ein Felsbild der australischen UreinwohnerInnen am Upper Yule River zeigt die Regenbogenschlange, die - nach ihrer Mythologie - im Erdinnern schläft und unterirdische Kräfte hütet, die sich der Kontrolle der Menschen entziehen.

Die neue australische Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, Australien zum zweitgrössten Uranexporteur der Welt zu machen, nachdem in den 90er Jahren der Uranpreis wieder angezogen hat. Unter anderem soll im Kakadu-Nationalpark nach der Ranger-Mine nun die Jabiluka-Mine eröffnet werden (Betreiber-gesellschaft: ERA). Landbesitzer ist das Volk der Mirrar, die hier seit 40'000 Jahren ansässigen Aborigines, momentan vertreten durch Yvonne Margarula. Sie kämpfen seit Jahren gegen die neue Mine, nicht zuletzt wegen der negativen Erfahrung mit der Ranger-Mine. Sie pfeifen auf die 100 Millionen



australische Dollar Tantiemen und die 110 Arbeitsplätze mit 'geringer Qualifikationsanforderung', die ihnen für die 28 Jahre Laufzeit der Mine angeboten worden sind. Sie fürchten die radioaktive Verseuchung ihres Landes, mit dem ihre Kultur seit Tausenden von Jahren verbunden ist. Wie bei den meisten indigenen Völkern sind auch hier die Abbaugelände heilige Stätten. Jabiluka ist als Gebiet mit der Geschichte von der Regenbogenschlange verknüpft, die, wenn sie in ihrem Schlaf gestört wird, Unheil über die Welt bringt. Diese weise Weitsicht der Aborigines steht den Scheuklappen der ERA gegenüber, die gerade noch den Blick auf die Rohstoffpreise in den Finanzzeitungen freilassen: Geldgier, die von der kulturellen und sozialen Eliminierung eines Volkes nicht gerührt wird. Die soziale Eliminierung ist durch stattliche Sozialstudien belegt: Verwahrlosung, Alkoholismus und Majorisierung durch Zuzüger im Verhältnis von 7:1 im Zuge der Ranger-Mine haben den Untergang schon eingeleitet. Dies alles ausgerechnet im Kakadu-Nationalpark, den die Mirrars dem australi-

schen Staat als Naturschutzgebiet zur Verfügung gestellt haben. Dazu kommt die radioaktive Belastung ihres Lebensraumes, nach ERA knapp unter, nach Greenpeace und anderen Umweltverbänden weit über den zulässigen Grenzwerten. Auch das australische Umweltministerium sieht durchaus die Gefährdung, und ein UNESCO-Bericht bestätigt ausdrücklich die Bedrohung der Mirrar-Kultur. Dieser Kommissionsbericht, erstellt von Experten, die mehrheitlich auch von der australischen Regierung akzeptiert worden waren, sollte die Aufnahme des Gebietes in die Liste der Weltkulturerkmäler vorbereiten. Um so unverständlicher und dubioser war die Nichtanerkennung im Juni 1999, nach dem einzelne Komitee-Mitglieder eine persönliche Beratung durch die australische Regierung erhalten hatten. Wahrscheinlich kann man nicht nur olympische Spiele kaufen.

So kann sich die ERA weiterhin auf einen Abbau-Vertrag von 1982 stützen, der unter massivem Druck zustande gekommen sein soll. So oder so berechtigt das niemanden mit neuen Erkenntnissen, die Mirrar-Kultur zu zerstören, besonders wenn das nur mit der Manipulation von UNESCO-Entscheidungen gelingt. Das Regionalparlament von Northern Territory, wo der Nationalpark liegt, zeigte sich auch sehr ambivalent. Auf der einen Seite unterstützte es - mit einer Erschließung vom November 99 - die ERA, auf der anderen zeigte es sich äusserst besorgt über die Art und Weise, wie die ERA-Arbeiten die Umwelt und die Aborigines-Kultur gefährden. Denkt mensch an die neuesten Nachrichten aus Rumänien, wo das australische Bergbau-Konsortium Esmeralda (hier mit den Schürf-Folgen einer Goldmine) die langfristige Verseuchung der Theiss und des Donau-Gebietes verursachte und natürlich jede Verantwortung von sich weist, wird leicht vorstellbar, wie verheerend eine „Gefährdung“ sein kann.

Wenn die Zustimmung des Parlamentes der Northern Territory vom November zur Jabiluka Uranmine überwog, dann vorab durch den Hinweis, dass das Mirrar-Volk zwar Landbesitzerin sei, aber eine Minderheit unter den dort ansässigen Aborigines bilde. Die Mehrheit aber, und insbesondere die höheren Aborigines-Körperschaften, stünden dem Projekt durchaus positiv gegenüber. Kein Wunder, sagen die Mirrar, erhielten doch diese Körperschaften den überwiegenden Anteil der Tantiemen aus dem Bergbau und vertreten so schon lange nicht mehr die Interessen der Landbesitzer. Diese diffuse Situation innerhalb der Aborigines-Bewegung ist selbstredend auch ein Produkt der sozialen Unterdrückung und Ausplünderung der Aborigines, nichts deso trotz ein gefundenes Fressen für die beteiligten Juristen und Manager der Bergbaufirma, um die Legitimitäten der Mirrar-Forderungen anzuzweifeln.

Aber der Kampf ist noch lange nicht entschieden. Die australische Öffentlichkeit ist durch die Atombombenversuche sensibilisiert, die Export-Genehmigung für das Jabiluka-Uran noch nicht erteilt, die Umweltverbände sind entschlossen zum Widerstand und die Mirrar sind gut organisiert. Die Arbeiten ruhen im Moment in Jabiluka, obwohl die Bohrungen schon bis zum Abbaugelände vorgedrungen sind. Dabei soll es bleiben!



Die Mirrar sind ein Beispiel unter Dutzenden für die Bedrohung indigener Völker. Hier geht es um grundsätzliche Rechte von Landbesitzerinnen und ihre Überlebenschancen.

Die schweizerischen AKW-Betreiber sind an den Zerstörungen der Lebensgrundlagen der indigenen Völker mitschuldig.

Es liegt in unserer Verantwortung, die Stilllegung der schweizer Atomanlagen durchzusetzen, damit die Rechte und Anliegen aller durch Uranabbau betroffene Völker respektiert werden.

Adressen:

Kampagne Stop Jabiluka, c/o infoe e.V., Melchiorstr. 3, D-50670 Köln; www.koeln-online.de/infoe/kakadu.html

Nuclear-Free Future Award, D-80799 München; www.nuclear-free.com

The Environment Centre NT, fax 0061-8-89410387, Australia (englisch anfragen)

Schreiben Sie an die australische Regierung:

Mr. John Howard, Parliament House, Canberra, ACT 2600, Australia

Literatur zur Geschichte des Uranabbaus:

Bahumir Wongar: Die Seele. Lamuv, Göttingen, 1985

Claus Biegert und Elke Stolhofer: Der Tod, der aus der Erde kommt. Verlag Anton Pustet, Salzburg 1993

Florian Maderspacher und Peter E. Stüben: Bodenschätze contra Menschenrechte. Gesellschaft für bedrohte Völker/Junius-Verlag, Hamburg 1984

Gerd Hensel: Strahlende Opfer. Ökoextra Focus Giessen, 1987.

Janine Roberts: Nach Völkermord: Landraub und Uranabbau. Reihe pogrom 66/67, Göttingen 1979

Susan Boos: Strahlende Schweiz. Rotpunkt-Verlag Zürich, 1999

Klemens Ludwig + Susanna Voigt: Phantom Atom; focus ökozeit 9, Giessen 1993

Wolfgang Traudt: ...zum Beispiel Ureinwohner. Lamuv-TB 34, Göttingen, 1993

PRESSE-MITTEILUNG

**der PSR/IPPNW/CH, Ärztinnen und Ärzte für soziale Verantwortung
und zur Verhütung des Atomkrieges vom 18. Februar 2000**

Heute wurde bekannt, dass die Betreiberfirma der Wiederaufbereitungsanlage für radioaktiven Abfall aus Leistungsreaktoren von Sellafield, die British Nuclear Fuel (BNFL) systematisch Angaben über Strahlung verfälscht hat. In der Region West Cumbria in England, wo die Anlage von Sellafield sich befindet, erkranken seit Jahren bis 10 mal mehr Kinder an Leukämien als vorgegeben. Todgeburten von durch strahlenbelastete Väter gezeugte Kindern sind wissenschaftlich bewiesenermaßen 1.25 mal häufiger als erwartet, und sie sind mit Sicherheit auf den Betrieb der WAA von Sellafield zurückzuführen.

Die Schweiz, insbesondere die BKW, exportiert gegen eigenes, Schweizerisches Recht aus ihren Reaktoren stammenden Atom Müll (insbesondere also aus dem AKW Mühleberg) nach Sellafield, wo der Atom Müll zu unsinnig hohen Preisen zu MOX (so genanntes Mischoxid aus Plutonium und Uran, einem Teil der abgebrannten Uranbrennstäbe) aufbereitet wird. In Sellafield werden mit der Wiederaufbereitungstechnologie mit unserem schweizerischen Atom Müll Kinder krank gemacht und Todgeburten verursacht. Die Betreiberfirma BNFL fälscht, um die lokale Bevölkerung zu täuschen, und wohl mit Wissen unserer Schweizerischen Sicherheitsbehörde, systematisch die Daten über Verstrahlung. Diese Sicherheitsbehörde war auch rechtzeitig über die Verseuchung der Transportbehälter informiert, ohne Konsequenzen aus dieser Information zu ziehen.

Vor kurzem mussten wir den Skandal von radioaktiv verseuchten Transportbehältern über uns ergehen lassen, heute den der Fälschungen von Strahlendaten durch die BNFL in England.

Die PSR/IPPNW/CH fordert vom Bund das sofortige Verbot weiterer Atomtransporte nach Sellafield und La Hague. Wir wollen den Unsinn der so genannten Wiederaufbereitung von Atom Müll, die Verseuchung der Weltmeere und die gesundheitliche Bedrohung der Bevölkerung von Sellafield und La Hague, sowie die genetischen Folgen für die kommenden Generationen ab sofort unterbinden und nicht mehr mitverantworten müssen. Die Betreiber der schweizerischen AKW sollen die Datenfälschungen der BNFL zum Anlass nehmen, sämtliche laufenden Wiederaufbereitungs-Verträge im Interesse der betroffenen Bevölkerungsgruppen zu kündigen!

7

Fragen an die Verantwortlichen

Am 31.12.2002 wird das AKW Mühleberg stillgelegt. Dies verlangt die kantonale Initiative, welche letztes Jahr eingereicht worden ist. Spätestens bis dann muss ein alternatives Energie- und Sparprogramm umgesetzt sein.

Mühleberg verletzt Grenzwerte

Das schweizerische Regelwerk der Atom-Behörden sieht für Erdbeben Folgendes vor:

Ein Beben, welches das AKW Mühleberg auf alle Fälle überstehen soll, darf höchstens 1x pro 10'000 Jahre eintreten (sogenannte Ereignis-kategorie 3). - Für diese Unfall-Kategorie gilt ein Grenzwert von 100 Millisievert.

Demgegenüber rechnet die Mühleberg-Risiko-analyse im Auftrag der BKW aus, dass ein solches Beben fast 5x pro 1'000 Jahre vorkommt - also fast 50x so oft wie erlaubt! Aber die schweizerischen Überwacher stören sich nicht daran.

Auch die berechneten Strahlenwerte für ein Erdbeben übersteigen die largen geltenden Limiten. Dies ist umso gravierender, als zum Risiko des AKW Mühleberg Erdbeben-Ereignisse einen grossen Teil beitragen.

Trotzdem unternehmen die Behörden nichts!

den Sie nicht, jetzt müssten Sie in der Energiepolitik aktiv werden, anstatt sich immer hinter der Unvereinbarkeit der Standpunkte der verschiedenen Lager zu verschanzen?

Brandschutz-Nachrüstung, die keine ist

1992 stellte der Bundesrat fest, dass im AKW Mühleberg der Brandschutz in zentralen Bereichen, wo Notsysteme aufgestellt sind, ungenügend ist. Er forderte die BKW auf, Verbesserungen zu prüfen.

Schon die Tatsache, dass nicht ein besserer Brandschutz, sondern nur dessen Prüfung verlangt wird, wirft ein schiefes Licht auf das Risikodenken der zuständigen Herren.

Entsprechend sind im AKW Mühleberg seit 1992 nur kleinere Massnahmen getroffen worden.

Grundlegende Einrichtungen wie die räumliche Trennung gefährdeter Komponenten fehlen (Brandschutzzonen). Sie sind wegen ungünstigen und komplizierten Platzverhältnissen im AKW gar nicht machbar. Brandschutz war vor 30-40 Jahren eben fast kein Thema.

handfeste Instrument aus der Hand: Die Beurteilung des Risikos, welche Kollege Ogi immerhin noch hat durchführen lassen. - Herr Leuenberger: Sind Restlaufzeiten für Sie einfach parteipolitische Zahlenakrobatik?

Dori Schaer, Energiedirektorin des Kantons Bern:

Verfolgen Sie eigentlich die Absichts-Erklärungen des kantonalen Energieberichts von vor 10 Jahren? Dieser hatte sich hinter eine verstärkte Förderung der Wärme-Kraft-Kopplungs-Anlagen gestellt. - Warum verstecken Sie sich hinter der BKW, welche auf die Unersetzbarkeit von Mühleberg pocht? Frau Schaer, da sind Sie etwa auf dem Stand von 1972, als Mühleberg in Betrieb gegangen war! Seit der allgemeinen Stromschwemme gibt es doch gerade beim Mühleberg-Ersatz kein ernsthaftes Problem. Andererseits: Drängen Sie und Ihr Kollege Lauri im Verwaltungsrat der BKW auf eine konsequente Strom-Sparpolitik? Wir jedenfalls merken nichts davon. Letztes Jahr wurde in der Schweiz wieder extrem mehr Strom verbraucht, verglichen mit dem Wirtschaftswachstum sogar überproportional. Das verwundert nicht, denn nach wie vor gibt es nirgends ein Energiecontrolling, so wie es bei den Finanzen üblich ist.

Frau Schaer: 2002 wird Mühleberg abgestellt. Fin-

Moritz Leuenberger, Bundesrat, Vorsteher des Energiedepartements:

Wie verantworten Sie es, dass Ihre Beamten der Atombehörde HSK (Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen) in Würenlingen bei überdeutlichen so genannten Auslegungs-Mängeln der AKW beide Augen zudrücken? Bei der Beurteilung der HSK durch ein Gremium der atomfreundlichen Internationalen Atomenergiekommission hat sich gezeigt, dass Ihre "Experten" in Sachen Regelwerk und Überwachung der AKW nicht auf der Höhe sind und die internationalen Standards nicht einhalten. Haben Sie deshalb im letzten Mühleberg-Verfahren grosszügig auf eine technische Beurteilung verzichtet - weil die Atombehörde nicht in der Lage ist? Das war natürlich der Skandal ersten Ranges: Einerseits sprechen Sie vom geordneten Rückzug aus der Atomenergie; Sie schlagen im Bundesrat 40 Jahre Lebensdauer vor - wohl wissend, dass Ihnen von rechts eine scharfe Bise ins Gesicht weht. Und gleichzeitig geben Sie im Bewilligungsverfahren das einzige

Fritz Kilchenmann, Verwaltungsratspräsident der BKW:

Seit bald 25 Jahren legt uns die BKW in der Grosstechnologie nur Planungsleichen vor. Das AKW Graben ging bachab, am AKW Kaiseraugst waren Sie beteiligt; und jetzt haben Sie das

Sicherung gegen Flugzeugabsturz fehlt

Das AKW Mühleberg hat nicht wie neuere AKW ein ausreichend starkes Reaktorgebäude, das der Zerstörungskraft eines abstürzenden Flugzeuges Stand hält. Stattdessen musste das Reaktorgebäude mehrmals notdürftig wegen Rissen geflickt werden. Nicht einmal die Ende der 80-er Jahre neu gebaute verbunkerte Notstandswarte entspricht den Anforderungen an die Sicherung gegen Flugzeugabsturz. In der Schweiz gäbe es nämlich seit 1984 ein Regelwerk, welches diese Sicherung verlangt. - Aber die Überwacher der HSK - sie erarbeiten auch die Regelwerke - halten sich selbst nicht an ihre eigenen Vorgaben und verhelfen den Betreibern zu möglichst billigem Strom.

Warum nehmen Sie Kennzahlen, welche nichts mit den aktuellen Problemen im AKW Mühleberg zu tun haben? Seit Jahren versuchen Sie mit neuen Materialien und Veränderung der Wasserchemie des Kühlwassers der Versprödung, sprich den Rissen im Reaktor, entgegenzuwirken. Was haben Sie hier für Kennzahlen? Das

Die Risse: grösser, länger, tiefer

Seit 1990 sind im AKW Mühleberg Risse im Kernmantel bekannt. Dieser Zylinder umgibt die Brennstäbe und hat drei Funktionen: Lenkung des Kühlwassers im Reaktor, Abstützung der Kerneinbauten, Verhinderung des vollständigen Auslaufens des Kühlwassers im Katastrophenfall. - Trotz ständiger Beteuerung, es bestehe keine Gefahr, musste die BKW 1997 vier Klammern einbauen, welche den Kernmantel der Höhe nach zusammenhalten. Ein HSK-Mitarbeiter verstieg sich im Gespräch mit AMüs zur Aussage, es handle sich um "politische Klammern"! Nur: Noch sind nicht alle Nähte im Kernmantel ausgemessen - letztes Jahr wurde an einer neuen Stelle ein Riss von 22 cm entdeckt! Mühleberg ist eine Zeitbombe; denn so könnte es wirklich sein: Im japanischen AKW Tsuruga wurden beim Ausbau des Kernmantels fast 90 bisher unentdeckte Risse gefunden!

gegen heftigen Widerstand sinnlos verteidigte Projekt Grimsel-West aufgeben müssen. Ihre "Stromlücken"-Planungshysterie hat zwar den Stromabsatz schön gesteigert, aber lange nicht in dem Ausmass, wie Ihre Lobby es erträumt hat. Uns wundert nicht, dass Sie da noch gerne das alte AKW Mühleberg ausreizen wollen, denn es wird ja immer noch von den Stromhaushalten mit überhöhten Preisen subventioniert. - Welches Risiko wollen Sie uns allen noch aufbürden? Haben Sie Kenntnis vom wirklichen Zustand des AKW Mühleberg? Eine vollständige Überprüfung und Revision des AKW wurde nie gemacht. Selbst der rissige Kernmantel ist nicht vollständig ausgemessen.

Serge Prêtre, Direktor der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen HSK: Sie behaupten, dass die Kennzahlen für die Alterung eines AKW bei Mühleberg sehr gut sind.

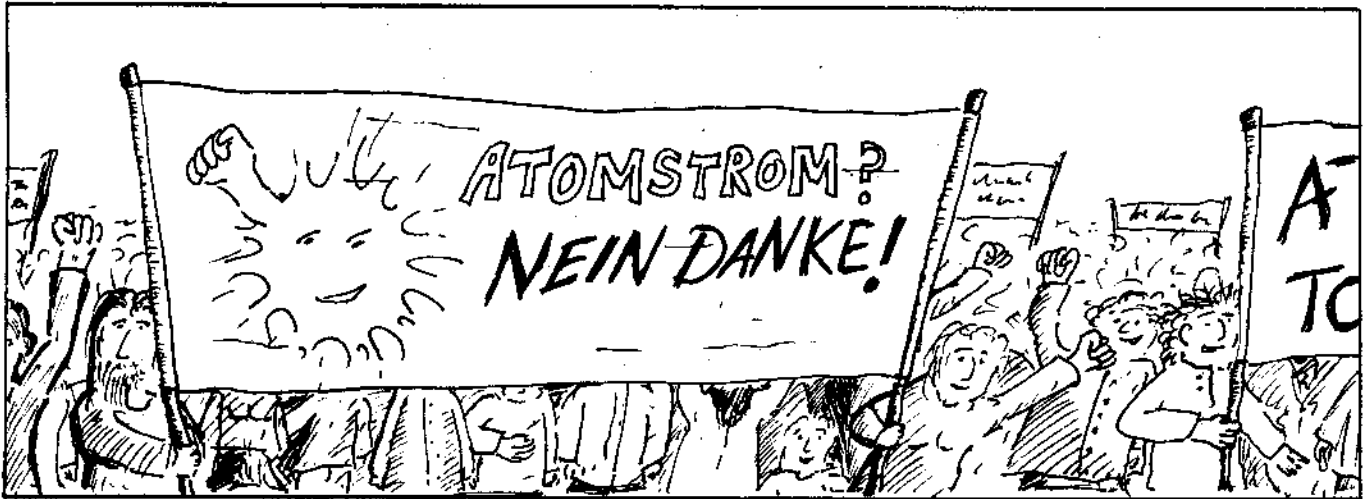
Wachstum der Risse im Kernmantel beweist, dass trotz Fixklammern kein Mittel dagegen gewachsen ist. 1999 waren die Risse in einer einzigen Naht 140 cm lang. Und die theoretischen Modelle sagen, dass 2/3 der Wandstärke nicht überschritten werden. Trotzdem beträgt die Risstiefe an mindestens zwei Orten 87%. Wo kommen diese Tatsachen in Ihrer Altersbeurteilung zum Tragen?

Gisbert Straub, Direktor des AKW Mühleberg:

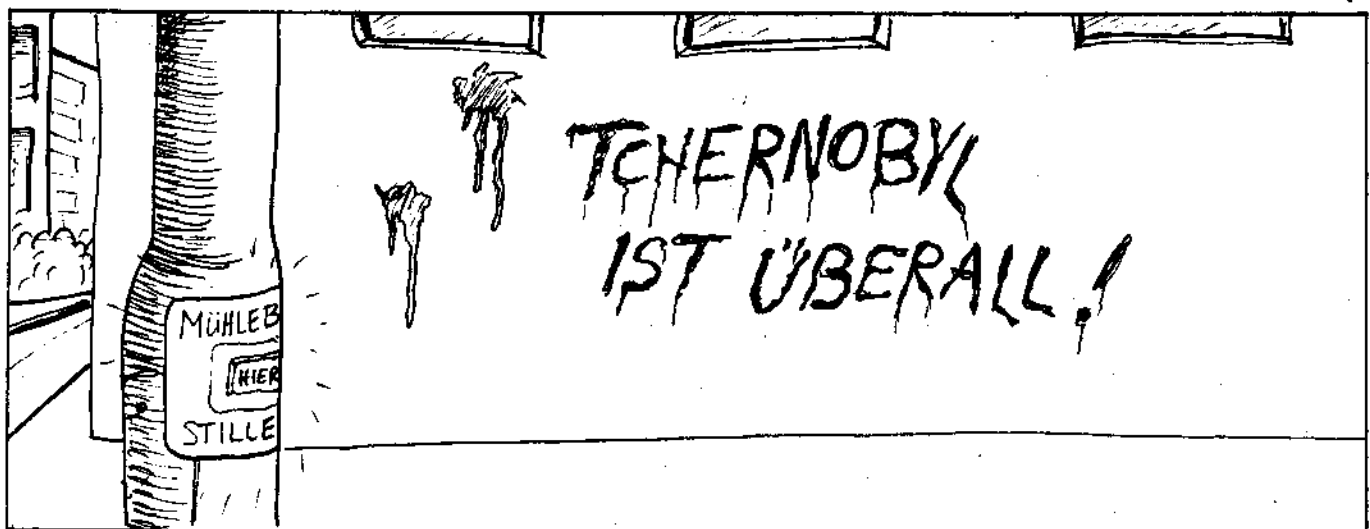
Zwei Jahre nach dem grössten Atom-Unfall in der Schweiz, der Kernschmelze in Lucens, hat Mühleberg 1971 für den zweitgrössten Unfall gesorgt: Mit dem Brand im Maschinenhaus. Die Kühlbarkeit des Reaktors und damit die Sicherheit der Umgebung waren gefährdet. - Aber auch die Umgebungsverseuchung mit der Filterpanne 1986 war einzigartig, sowie die radioaktive Belastung der Arbeiter beim Austausch der Umwälzschleifen. Der Atom Müll ist nach wie vor ein Problem, denn noch haben Sie uralte Fässer unbehandelt im AKW. Noch sind die Skandale um die Atom Müllfirma in Mol und um Transnuklear in Erinnerung. Dass auch das Personal zu wenig geschult ist, zeigte mehrfaches Fehlverhalten 1998, welches zu einer Schnellabschaltung führte und eingehende Nachkontrollen erforderlich machte. Herr Straub, macht es eigentlich Spass, einen solchen Schrottreaktor weiterzubetreiben und in der Öffentlichkeit als sicher und sauber darzustellen? Wäre es nicht an der Zeit, das Augenmerk auf die Behandlung des Atom Mülls zu legen, dafür die Müllproduktion aber zu stoppen?

An die weitsichtigen Politiker, die fürsorgenden Behörden und
überhaupt alle fortschrittsgläubigen ZeitgenossInnen :

ES TUT UNS LEID !

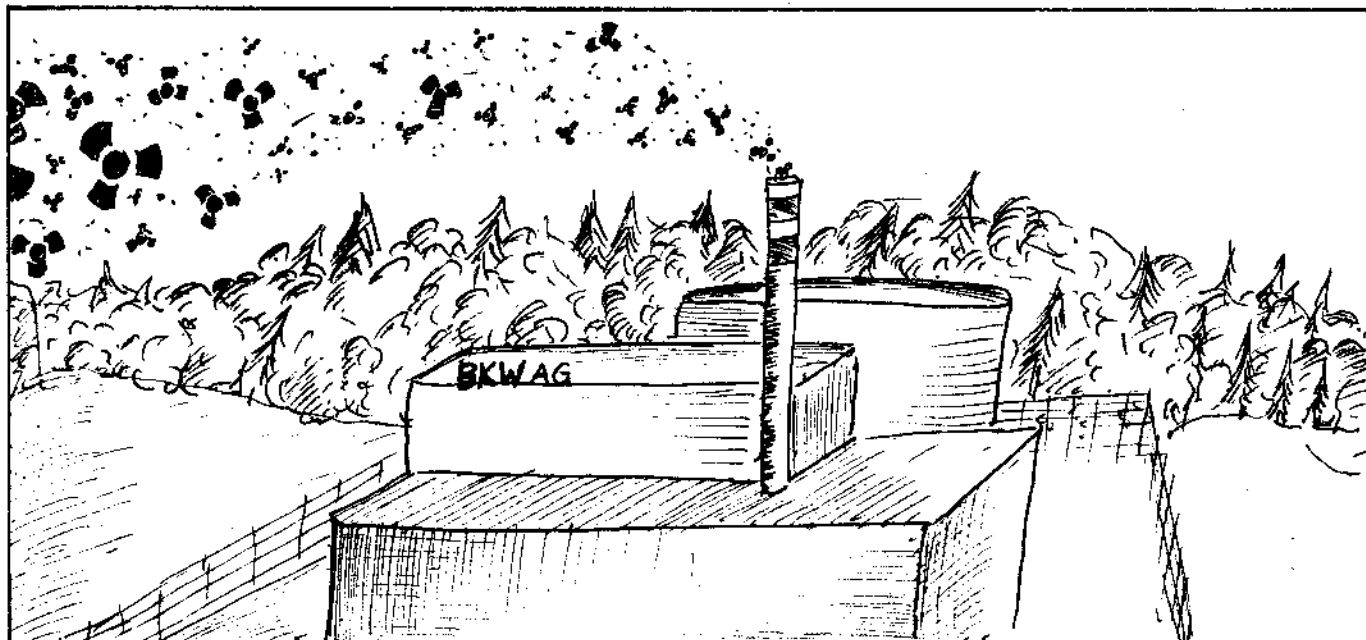


WIR ENTSCULDIGEN UNS FÜR ALLEN DEN ÄRGER, DEN
WIR IHNEN BEREITET HABEN, ALS WIR - LANG IST'S
HER - KAISERAUGST BESETZTEN ODER WEGEN
TCHERNOBYL AUF DIE STRASSE GINGEN. WIR WAREN
DAMALS NOCH SEHR JUNG, PUBERTIEREND; UND
IRGENDWAS HAT UNS VOM RECHTEN WEG ABGEBRACHT.



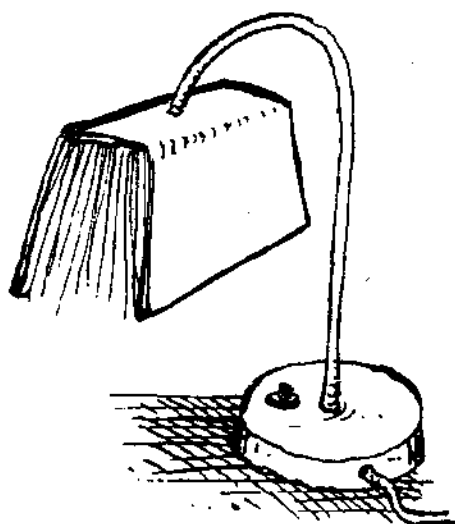
WIR BITTEN SIE UM VERZEIHUNG WEGEN ALLEN DEN FARB-
KLECKSEN, DEN FIESEN SPRÜCHEN UND DEN ILLEGALEN
AUFKLEBERN AN DEN WÄNDEN IHRER STRASSE.

WIR ENTSCULDIGEN UNS FÜR ALLE PEINLICHEN SITUATION-
EN, IN DIE WIR SIE GEBRACHT HABEN. ZUM BEISPIEL, ALS
WIR 1986 DIE FILTERPANNE IN MÜHLEBERG AUFDECKTEN.



WIR ENTSCULDIGEN UNS FÜR UNSERE NEUGIER. ES WAR
NICHT SCHÖN VON UNS, IN IHREN AKTEN ZU SCHNÜFFELN,
VERZEIHEN SIE AUCH UNSEREN GRÖSSENWAHN, MIT DEM WIR
SIE 1993 VOR GERICHT GEZERRT HABEN. SIE WISSEN
JA: IDEALISMUS IST EINE KRANKHEIT – ZUM GLÜCK
SIND WIR GEHEILT! HEUTE GENIESSEN AUCH WIR DIE





„das AMüs ist ein Wiederkäuer!“

„klar, die Sache ist ja auch unverdaulich!“

Die Erhellungen des Monats:

Holger Stroh: Die stille Katastrophe.

Verlag Zweitausendeins. Frankfurt 1999

Klappentext: In den rund 500 Reaktoren, die weltweit in Betrieb sind, kommt es jährlich zu tausenden von Störfällen. Innerhalb von 2 Jahren ereigneten sich in den rund 100 US-Atommeilern 5400 Störfälle: im Schnitt alle zwei Wochen ein Störfall pro Reaktor....

Komitee für Grundrechte und Demokratie:

Zweiter Castor-Transport nach Gorleben -

Der Atomstaat zeigt seine Gewalt.

Dokumente Mai 1996. Zu beziehen beim Komitee,

Bismarckstr. 40, D-50672 Köln

Robert Kurz: Schwarzbuch Kapitalismus

- Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft.

Eichborn-Verlag, Frankfurt/M, 1999

.....

*Wer jetzt noch Zweifel hat
hat sie am falschen Ort
Wer jetzt untätig bleibt
der wird's wohl ewig bleiben
wird leiden, messen, Zahlen
schreiben
und wird von Land zu Land
verängstigt fliehn
wenn die Atome treiben*

F.N.Rilke

Themenregister

der Schwerpunkte der AMüs-Infos 1/1986 - 55/00
(„Mühleberg stilllegen“, ohne Flugblätter/ Publikationen)

technische Probleme AKW Mühleberg

Dez.86; Feb.87; April 89; Aug.89; Juni 90; Mai 91; Feb.92;
Dez.92; März 93; Nov.93; Aug.95; Dez.95; Nov.96; Nov.97;
Dez.98; Dez.99;

BKW-Skandale + kantonale Energiepolitik

Juni 86; Jan.88; Mai 88; Jan.89; März 90; Mai 90; Juni 90;
Dez.90; Aug.91; Okt.91; Feb.92; Aug.93; Nov.93; Mai 94;
Aug.94; Nov.94; März 95; Aug.95; März 96; Mai 97; Nov.97;
März 98; Aug.98; Juni 99; März 00;

Sicherheitsbehörde, Bundesrat, Atomlobby, Atomstaat

Sept.90; Feb.91; Mai 91; Feb.92; April 92; Mai 92; Aug.92;
Dez.92; März 93; Mai 93; Feb.94; Aug.94; Nov.94; Dez.95;
Aug.96; Mai 97; Sept.97; März 98; Juni 98; Aug.98; Dez.98;
Juni 99;

Atom Müll

Sept.86; März 88; Mai 91; Aug.92; Nov.93; Feb.94; Aug.94;
Mai 95; Aug.95; Aug.96; Mai 97; Nov.97; März 99; März 00;

Uranabbau + indigene Völker

Feb.92; Mai 92; März 00;

Niedrigstrahlung

Dez.89; Mai 95; Feb.97; Juni 98;

feministische Ökologie

Dez.89; Dez.90; Aug.91; Okt.91; Nov.94; März 95; Nov.97;

Energiesparen, Alternativen + Treibhauseffekt

Mai 93; Dez.95; März 96; Nov.96; Feb.97;

Grimmel, Staudämme, Wasserkraft

Feb.92; Mai 95; Aug.95; Nov.96;

ausländische Atompolitik + CH-Verknüpfungen

Aug.88; April 89; Aug.91; Aug.92; Mai 93; Mai 94; Nov.94;
März 95; Aug.95; März 99; Juni 99;

Strommarkt-Liberalisierung

März 96; Feb.97; Mai 97; Sept.97; März 99;

Atomgigant SIEMENS

Aug.93; Feb.94; Mai 94; März 95; Aug.95; März 96; Dez.99;

Atombomben und -tests

April 89; Mai 90; Aug.93; Dez.95; Nov.96; Aug.98;

Ökologie + Armut, Arbeitskraft + Kapital

Mai 92; Dez.92; März 93; Mai 93; Okt.93; Mai 94; Mai 95;
Aug.96; Mai 97; Juni 99; Dez.99;

Für starkradioaktive Abfälle gibt es weltweit keine Lagerstätte. Nun soll im Wellenberg "kurzlebiger" schwach- bis mittelradioaktiver Abfall eingelagert werden

STRAHLENDER RÜCKSTAND

Vorgeschichte

1988 kam der Bundesrat zur Auffassung, dass für die Atommüll-"Entsorgung" genügend Gewähr geleistet sei und somit der Betrieb von Atomkraftwerken in der Schweiz nach wie vor verantwortet werden könne. Damals galten als Grundlage für diese Gewähr die "End"-lagerungskonzepte der verantwortlichen „Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle“ Nagra. Die Nagra, in welcher die Atomkraftwerk-Betreiber zusammen mit dem Bund vertreten sind, evaluierten Standorte zur Endlagerung radioaktiver Abfälle. Nach jahrelangen Abklärungen und Untersuchungen wurde 1994 ein Rahmenbewilligungsgesuch für den Wellenberg als Endlager für schwach- und mittelaktive radioaktive Abfälle eingereicht. 1995 wurde der Wellenberg vom Volk in einer Abstimmung als Standort abgelehnt. Das Energiedepartement Uvek unter Bundesrat Leuenberger setzte nach der verlorenen Wellenberg-Abstimmung 1998 eine Arbeitsgruppe „Energie-Dialog Entsorgung“ ein, in welcher Umweltverbände zusammen mit Atomkraftwerk-Betreibern Grundsatzfragen der nuklearen "Entsorgung" diskutierten. Der Ende 1998 erstellte Schlussbericht enthielt Vorschläge, wie die gegensätzlichen Positionen der Betreiber von Atomkraftwerken und der Umweltorganisationen überbrückt werden könnten.

Unter anderem wurde eine Vertiefung des Konzepts der "kontrollierten und rückholbaren Langzeitlagerung" vorgeschlagen. Damit wurden schon seit langem vorgebrachte Anliegen der Umweltverbände zur Untersuchung akzeptiert. Erinnern wir uns: Die Verbände hatten mehrfach geologische Gutachten erstellt. Schon in den Siebziger Jahren waren die Kontrollierbarkeit und die Rückholbarkeit eine zentrale Forderung. In der radikaleren Anti-Atom-Bewegung wurde immer vertreten, dass die AKW abgestellt werden müssten, anstatt Pseudo-Lösungen für den Atommüll zu suchen, welche sowieso unter dem Sachzwang der Atommüll-Produktion stehen. In den Reihen von Greenpeace und vom Forum für verantwortbare Wissenschaft wurden Ende der 80-er Jahre verschiedene "Hütekonzepte" diskutiert, oberirdische Standorte mit Symbolcharakter, welche eine jahrtausendelange Bedeutung für die Gesellschaft bewahren können. Das Forum hat später auch gegen die "Endlagerung" den Begriff "Langzeitverwahrung" gesetzt.

Anfangs 1999 blieben die Gespräche zur Befristung des Betriebs der bestehenden Atomkraftwerke und der "Lösung" des Atommüllproblems zwischen dem Bundesrat sowie den Standortkantonen, den Umweltorganisationen und den Betreibern der Atomkraftwerke ohne Ergebnisse. Daraufhin setzte Bundesrat Leuenberger im Juni 1999 die "Expertengruppe Entsorgungskonzepte für radioaktive Abfälle" (EKRA) ein. In der Folge erarbeitete die EKRA die Grundlagen für einen Vergleich verschiedener Entsorgungskonzepte. Sie übernahm dabei teilweise das Konzept der Umweltverbände der kontrollierten geologischen Langzeitlagerung und verglich dieses mit der Endlagerung, der Zwischenlagerung und der Dauerlagerung. Dabei standen folgende Aspekte im Vordergrund:

Aktive und passive Sicherheit – Überwachung und Kontrolle – Rückholbarkeit.

Den Bericht Ekra-sb finden Interessierte im Internet unter <http://www.admin.ch/bfe/aktuell/aktuell.htm> oder bestellen ihn beim Bundesamt für Energie, Monbijoustrasse 74, CH-3003 Bern.

Der „Kompromiss“

Am 8. Februar 2000 präsentierte nun die Expertengruppe Vorschläge für die Endlagerung „radioaktiver“ Abfälle. Die Lösung „kontrollierbare geologische Langzeitlagerung KGL“ wurde von Tageszeitungen als Kompromiss mit den Forderungen der Umweltverbände vorgestellt.

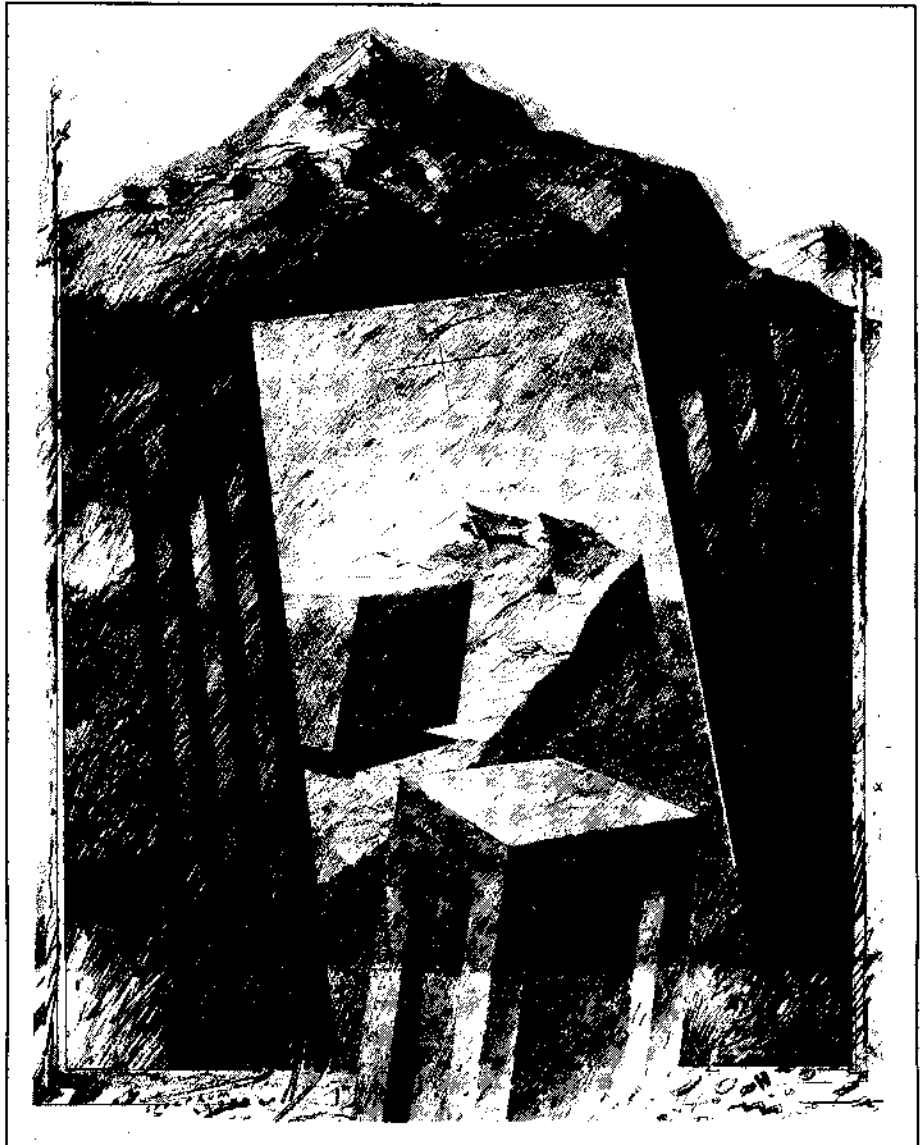
KGL soll die Vorteile der geologischen Endlagerung mit der so genannten Reversibilität verbinden. Die Umweltgruppen forderten bei der Abstimmung 1995 die Rückholbarkeit: Zukünftige Generationen sollen jederzeit eingreifen können, wenn es Probleme oder neue Erkenntnisse bei der Atommülllagerung gibt.

Und so sieht nun der "Kompromiss" aus: Der Hauptteil des Atommülls wird eingebunkert und "endgelagert", das heisst, sich selbst überlassen. Im selben Fels wird aber parallel ein Pilotlager betrieben. Hier wird ein kleiner Teil des strahlenden Materials unter gleichen Bedingungen zeit seines exhalangen Lebens überwacht. Gibt es Probleme oder neue Entsorgungstechnologien, sollen kommende Generationen jederzeit handeln und das Lager wieder entleeren können. Andererseits soll der Grossteil der radioaktiven Abfälle vor Krisen, Katastrophen und Missbrauch geschützt sein.

Unsere Bedenken 1994

Die Coalition antinucléaire CAN - zu welcher auch AMüs gehört - reichte im November 1994 eine Einsprache gegen das Rahmenbewilligungsgesuch für ein „Endlager für kurzlebige schwach- und mittelaktive radioaktive Abfälle“ der Nagra am Wellenberg ein. Nachfolgende Aufstellung zeigt unsere Kritikpunkte am Endlager-Projekt Wellenberg auf:

- Rechtlich bestand keine Möglichkeit, den Rahmenbewilligungs-Entscheid durch eine unabhängige gerichtliche Instanz überprüfen zu lassen. Die unabhängige Gerichtsbarkeit ist bisher noch nicht eingeführt; die Macht liegt erst- und letztinstanzlich beim Bundesrat.
- Zum Zeitpunkt der Einreichung lagen wesentliche Unterlagen, welche als Begründung zur geologischen Eignung angebracht wurden, nicht öffentlich auf.
- Der Sachzwang zur Atom-müll-Entsorgung wird mit dem Weiterbetrieb der Atomkraftwerke verstärkt, ohne dass eine ernsthafte Technikfolgeabschätzung erfolgt. Dieser Sachzwang muss durch den Ausstieg aus der Atomkraft-Nutzung entschärft werden.
- Die geplante Lagerkapazität beinhaltet eine Reserve von 50%. Eine solche Kapazitätsreserve ist mit dem Atomgesetz, in welchem für alle Atom-anlagen der Grundsatz „nicht grösser als (für den Inlandbedarf) nötig“ statuiert ist, nicht vereinbar.



- Der Begriff „kurzlebig“ ist irreführend. Nach Angaben der Gesuchstellerin ist nach 600 Jahren noch die Hälfte, nach 1500 Jahren noch ein Zehntel des radioaktiven Inventars vorhanden.
- Irreführend ist auch der Begriff „schwachaktiv“: Zum „schwachaktiven“ Müll, welches in die Langzeitlagerstätte Wellenberg eingebracht werden soll, gehören unter anderem 22 verschiedene Alphastrahler, welche mit dem Hinweis auf den kleinen prozentualen Anteil am Gesamtinventar abgeschwächt werden.
- Mangels gleich tiefer Abklärung der alternativen Standorte fehlen heute die Grundlagen, um den Wellenberg als - relativ betrachtet - geologisch am besten geeigneten Standort zu bezeichnen.
- Es fehlen konkrete Abbruch- bzw. Ausschlusskriterien, deren Eintreten im Verlauf der weiteren Untersuchungen und Sondierungen am Wellenberg zum Abbruch des Projektes bzw. zum Ausschluss dieses Standortes führen müssten.
- Der Langzeitsicherheitsnachweis ist nicht erbracht. Die Aussagen der Langzeitsicherheitsstudie beruhen in wesentlichem Masse nicht auf geologischen und hydrologischen Beobachtungsbefunden, sondern auf blossen Modellannahmen. Die Konservativität dieser zur Überbrückung der grossen Kenntnislücken getroffenen Annahmen ist nicht nachgewiesen. Für die Ausbreitungsrechnungen wurden bisher nicht validierte Rechenprogramme verwendet.

Das Projekt „Konsens 2000“

Die Expertengruppe kommt zum Schluss, der Standort Wellenberg erfülle die Anforderungen für die KGL: "Das Projekt ist weiterzuverfolgen." Das heisst, der Bau eines Sondierstollens sei in die Wege zu leiten. Am Wellenberg sei ebenfalls der Standort für ein Pilotlager zu suchen.

Weiter findet die Expertengruppe, dass ausländische Lager für Schweizer Atommüll keine Lösung darstellen. Der in der Schweiz vorhandene Opalinuston komme als Wirtsgestein für hochaktive Abfälle in Frage.

In den kommenden Wochen wird der Bundesrat auf Antrag von Energieminister Moritz Leuenberger im Rahmen des Entwurfs des Kernenergiegesetzes über das vorgeschlagene Entsorgungskonzept beschliessen.

Unsere Bedenken haben sich nicht entschärft. Auf unsere Forderungen von 1994 wurde nur in Bezug auf die Rückholbarkeit eingegangen. In Bezug auf die anderen Einspruchepunkte hat sich nicht viel geändert. Der Kompromissvorschlag ist für die AKW-Betreiber ein politisches Spiel zum Brechen der Forderungen der Umweltverbände. Vom Wellenberg-Kompromiss sollte mensch sich nicht blenden lassen, im Wellenberg soll „kurzlebiger“ schwach- bis mittelradioaktive Abfall eingelagert werden. Die Vorschläge für Standorte für die starkradioaktiven Abfälle, welche noch verschärfte Probleme mit sich bringen, sind noch jenseits vom Realisierbaren. Die Atomlobby zusammen mit dem Energiedepartement hat es wieder einmal geschafft, die Öffentlichkeit - auf der Basis von Konsensgesprächen mit Umweltverbänden - von der Machbarkeit und einem Kompromiss in der Atommüllentsorgung glauben zu machen. Umso wichtiger ist es, dass wir den Konsens hinterfragen und der Öffentlichkeit die Verlogenheit der AKW-Betreiber aufzeigen.

Vergessen wir nicht,

- dass in der Zwischenzeit in Schweizer AKW weiter Atommüll produziert wurde und wird
- dass in der Zwischenzeit das Risiko der Atomkraftwerke alterungsbedingt gesteigert wurde und wird
- dass die Diskussionen reine Hinhaltetaktik der Atomlobby sind und die Schweizer AKW unterdessen immer noch keine Maximalbetriebsdauer erhalten haben. In Diskussion stehen 40 bis 60 Betriebsjahre.
- dass in der Zwischenzeit das Atomgesetz noch nicht demokratisiert wurde; der Bundesrat entscheidet nach wie vor erst- und letztinstanzlich
- dass sich das Endlager Wellenberg im Wasserschloss der Schweiz befindet und so die Fehler bei der Atommüll-Lagerung über Gewässer in alle Welt exportiert würden
- dass in der Zwischenzeit in der Anflugschneise des Flughafens Kloten ein dürrtiges Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Würenlingen gebaut wurde, welches zur endgültigen Müllkippe zu werden droht
- dass das Vorgehen der Atommüll-Techniker wissenschaftlich nicht genügend fundiert ist. Wer kennt schon die Materialeigenschaften von Beton, Eisen usw. über Jahrtausende von radioaktiver Bestrahlung hinweg?
- dass der Konsens in der Atommüllentsorgung von den Umweltgruppierungen und AtomgegnerInnen nicht getragen wird

Wie geht's weiter?

Bundesrat Leuenberger wird demnächst seinem Regierungskollegium Antrag stellen, welches der von der EKRA vorgeschlagenen Entsorgungskonzepte im Rahmen des "Kernenergiegesetzes" (welches momentan revidiert wird und als Gegenvorschlag zur Initiative „Strom ohne Atom“ dienen soll) weiter verfolgt werden soll. Dieses Gesetz wird in Vernehmlassung geschickt, woran AMüs sicher auch teilnehmen wird - besonders auch wegen der Behandlung der AKW. Zum Schluss rufen wir noch einmal unsere Forderungen aus einem Faltblatt von 1996 in Erinnerung:

Zur Atommüllproduktion:

- Stilllegung aller Atomanlagen. Schluss mit der Nutzung der Atomenergie
- Auflösung der Beteiligungen an ausländischen AKW, sowie der Lieferverträge mit solchen Anlagen
- Ausstieg aus der herrschenden Atomforschung, Einstieg in die Müllforschung
- Stopp der sinnlosen Wiederaufarbeitung
- Stopp der gefährlichen Atommülltransporte
- Exportverbot für Atommüll
- Internalisierung externer Kosten bei jeder Energieproduktion

Zur Wahrung der demokratischen Rechte

- Offenlegung aller Unterlagen von Atomanlagen
- Demokratisch abgesicherte Auswahl der Lagerorte
- Unabhängige Begutachtung der Lagerkonzepte unter Beizug internationaler unabhängiger ExpertInnen
- Demokratisch kontrollierbares Betriebsmanagement in allen Atomanlagen
- Neuzusammensetzung der Nagra

Zur Langzeitverwahrung des Atommülls

- Aufgabe des Konzepts "End"-Lagerung
- Rückholbarkeit der radioaktiven Abfälle
- Unbeschränkte Haftung der Betreiber von Müllanlagen
- Sicherung der Lager gegen äussere Einwirkungen
- Technische Sicherung gegen den Austritt von Radioaktivität in die Umwelt
- Einbezug aller Umweltbedingungen
- Gewährleistung der Langzeitfinanzierbarkeit eines atomaren Mülllagers
- Ausarbeitung und Realisierung eines Überwachungskonzeptes für den radioaktiven Müll
- Inventarisierung des Lagerinhalts
- Stoff- und Produktkontrolle und Qualitätssicherung der Lagerbehälter

Eine 'Vermännlichung' der Umweltdebatte ist europaweit nicht mehr zu übersehen. Aktive Frauen und Ökofeministinnen sind in die Schublade 'vorwissenschaftlich' abgelegt worden. Gezielt wurden so genannt weibliche Ängste vor neuen Katastrophen, ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber Technologien und das Erfahrungswissen über die Verantwortungslosigkeit von Entscheidungsträgern nicht mehr thematisiert und nicht mehr in Umwelt-Projekte integriert. Zu nah sind wohl diese Frauen der „unwissenden Masse mit ihren diffusen Besorgtheiten und ihrem Hang zu Panik“ gekommen, so dass männliche Umweltschützer ihren Statusverlust mehr fürchteten als das Ungleichgewicht der Erde. Wie selbstverständlich vollzog sich eine Hinwendung zu Paradigmen patriarchaler Naturbeherrschung, die sich dominant in drei akzeptierten Vorgaben erkennen lässt:

1) Technik ist Technik, es gibt kein Zurück, es gibt ohne Technik keine Lösungen. 2) Jeder komme mit seiner eigenen Moral zu Rande, irgendwie muss Mann sich beruflich in diesen Herrschaftsverhältnissen eingliedern. 3) Es ist weder cool noch in, das kapitalistische Wirtschafts- und Wissenschaftssystem grundlegend anzugreifen und am Lack der ganz Grossen richtig zu kratzen. Beigetragen zu diesem Konsens haben u.a. diverse Studien von grossen Umweltverbänden, sowie Statements von Professoren und Staatsmännern, die belegten, dass auch bei einer drastischen Senkung des Ressourcenverbrauchs in den Industrieländern das Wohlstandsniveau nicht ernstlich gefährdet wäre: Damit kam ein sanfter Kapitalismus mit sanfter Technologie in Griffnähe, aber selbstredend sind Rüstungsindustrie, Atom- und Gentechnologie, Bodenspekulation, Zwangsmobilität und Börsenspiele kein salonfähiges Thema, sobald rabiate Forderungen gestellt werden.

Die ökofeministische Gesellschaftskritik ersäuft in den Technologie- und Versorgungsdebatten. Das Heimtückische daran ist, dass

WIE ERZEUGT FRAU EINE HALTBARE WOLKE IM WOHNZIMMER?

Gross- und Biotechnologien nicht mehr nachweisen müssen, dass sie

für das Wohl und die Entwicklung der Gesellschaft trotz nicht absehbarer Risiken und Missbrauchsmöglichkeiten unumgänglich sind. Die politischen Auseinandersetzungen drehen sich 'nur' noch um die Länge der Haftpflicht, um Sicherheitsauflagen etc. Die neuen Wirtschaftszweige mit ihren grenzüberschreitenden und Jahrtausende beeinflussenden Eingriffen, werden von transnationalen Konzernen kontrolliert, ihre Schaltzentralen stehen in den USA, in Deutschland, in Japan, und sie verfügen inzwischen über eine ganz unvorstellbare ökonomische und politische Macht. Sie verteilen das Geld und die Aktien, die Forschungsaufträge und die Jobs. Irgendwie hat eine breite Übereinkunft Fuss gefasst, dass es nicht anders weiter gehen kann als bis anhin. Folge davon ist, dass sich diverse Wissenschaftler, Techniker,

*Wenn die gebratenen Vögel
uns in die offenen Münder
fallen,
muss nicht unbedingt
die Zeit der Schlaraffen
angebrochen sein.*

Karlhans Frank

Ingenieure und Compispezialisten um die bestmöglichen „Lösungen“ zur in Schachhaltung der laufenden Krisen und Katastrophen wettbewerben. Gleichzeitig zur notorischen Parole, Umweltprobleme seien nur international in den Griff zu bekommen, schleichen sich durch das Bedürfnis, Teillösungen zu finden, nationale Umwelträume in die Köpfe und Debatten. Das unglaubliche Missverhältnis des Ressourcenverbrauchs der Industrie zu den so genannten Entwicklungsländern und die immense soziale Ungerechtigkeit werden eine bloss noch abstrakte Gegebenheit: Die Sachlage ist unumstritten, aber niemand tut etwas Einschneidendes dagegen. Ganz schleichend wird Umweltschutz so zu einer reaktionären Kategorie. Es ist kein Zufall, wenn gentechnologische Menschen-Experimente in China vorgenommen werden, wenn bei Freilandversuchen mit gentechnisch veränderten Rinderhormonen Arbeiter in Argentinien verseucht werden, wenn der hierzulande höchst umstrittene gentechnisch veränderte Reis der ETH in Asien ausprobiert wird. Immer mehr Umweltschützer bemühen sich, Details zu klären, rechtliche Spielräume auszuschöpfen: Dabei bleiben ist zwar nicht alles, aber genug. Cohn-Bendit, Enzensberger und Joschka Fischer sind nur die Populärsten: sie kämpften für revolutionäre Umgestaltungen, die ursprünglich radikale feministische Thesen beinhalteten. Heute verteidigen sie Grundgesetz, Unternehmertum oder Nato-Bomben.

Dass die technischen Zugriffe und Verseuchungen zu etwa 80% die Sphäre der nach wie vor weiblichen Reproduktions- und Subsistenzarbeit treffen: Ernährung und Gesundheit, Kinder grossziehen, Waschen und Hausmüll trennen, ist ein Spiegel der konkreten patriarchalen Machtverhältnisse. Diese zeigen gleichzeitig, wo Absatzmärkte liegen - und damit, wo Widerstand machbar und langfristig sinnvoll ist.

Wenn wir eine Gesellschaftsform

mit individueller Emanzipation und kollektiver Solidarität anstreben, müssen wir auf den Grundfragen der Machtverhältnisse verbleiben: Wem geben wir Risikotechnologien in die Entwicklung und Verwaltung? Welche Erfahrungen haben wir damit bisher gemacht? Auf eine nachhaltig patriarchale und indirekt auch nachhaltig rassistische „zukunfts-fähige Gesellschaft“ können wir uns nicht einlassen! Wenn männliche Umweltschützer sich keine gerechteren und ökologisch vorsichtigen gesellschaftlichen Verhältnisse mehr vorstellen können, sobald ihre berufliche Laufbahn tangiert wird, sollten sie sich das Ganze abschminken, statt auf verlogenen Erklärungsmustern herumzureiten. (Und die wenigen Frauen in 'Amt und Würde', die dieselbe Politik übernommen haben und mittragen, ebenfalls).

Was kann die Zitierung der Ökokrise erklären, wenn die Zusammenhänge auseinander gerissen werden? Wenn die Ursachen - zumindest falls sie im politischen Einflussbereich des eigenen Landes liegen - vertuscht und verharmlost werden? Wir leben in einer real existierenden Krise. Zeitweise überwiegt die Krise der Arbeit, wenn ArbeiterInnen und Angestellten die verbliebenen, hart umkämpften sozialen Errungenschaften wieder entzogen werden; zeitweise überwiegt die ökologische Krise, wenn Stürme, Lawinen und Überschwemmungen die Folgen der Plünderung des Planeten auch im Norden aufzeigen.

In den Industrienationen wird heute abwechslungsweise rosarote Euphorie über die Möglichkeiten des Wirtschaftswachstums verbreitet oder Angst. Angst ist wieder eine zentrale Kraft geworden, die Menschen

auseinander zu dividieren, in Brauchbare und Verbraachte, in Willige und QuerulantInnen, in Dazugehörende und Fremde. Damit kann eine Mehrheit immer wieder gefügig gemacht werden. Bis es definitiv zu spät ist.

Alternative gesellschaftspolitische Verhältnisse und Wirtschaftsformen können diese Ausplünderung von Arbeitsvermögen und Lebensgrundlagen selbstredend auch betreiben, wie das System des real existierenden Sozialismus gezeigt hat. Aber sie müssen es nicht, nicht so auf Gedeih und Verderb, wie das die imperialistische 'freie Marktwirtschaft' seit zweihundert Jahren tut. Voraussetzung dafür ist, dass wir nicht das Trennende dieser politischen Systeme ins Visier nehmen, sondern das Gemeinsame, und dieses überwinden. (siehe dazu die 9 Thesen von AMüs gemäss Robert Kurz, im Info 44/97).

Verkürzt kann wohl festgehalten werden: Umweltschützer haben die öko-feministische Auseinandersetzung ins Abseits gedrängt. Dies ist ihnen gelungen, weil sie sich auf die Seite der Stärkeren, auf die Seite der Konsensfindung mit der Industrie und der Classe politique geschlagen haben. Frauen haben diesen Kampf verloren, weil sie nicht hart und ausdauernd genug kämpfen und weil sie zunehmend selber in ihrer Berufs- und Hausarbeit in Zwangslagen geraten, wo sie sich entscheiden müssen: Bleibe ich auf der Seite der Ausgebeuteten, der Missbrauchten, der Alternativen, oder nehme ich mir meinen Teil vom Kuchen.

Die Erkenntnis bleibt:
*Ohne am Machtgefüge
 Grundsätzliches zu verändern,
 ist keine Entwicklung möglich!*

im zeichen des plutoniums

wir glaubten
 es sei nötig gewesen
 mit dem bau der atombombe
 hitler zuvorzukommen

wir glaubten
 erst der a-bombenabwurf
 habe japan
 friedenswillig gemacht

wir glaubten
 nur die atomwaffen
 hätten den dritten
 weltkrieg verhindert

wir glaubten
 atomkraftwerke seien
 sicher und sauber
 und leicht zu entsorgen

wir glaubten
 unwissend und willig
 diese und andere lügen
 der atomindustrie

und übersahen
 das deren plutonium
 seinen namen von pluton hat
 dem herrscher der toten

kurt marti
 kleine zeitrevue

*guten Tag,
ich bin schwer automobilabhängig und da wollte
ich fragen, ob ich die Vignette auch auf
Krankenschein Kriege?*



A wie Atom, A wie Automobil

Atomenergie und Automobil haben mehr gemeinsam als den Anfangsbuchstaben A. Alle beide sind Zeugen des Fortschrittglaubens und des Machbarkeitswahns, sie beide bilden zusammen den Altar der totalitären Technik. Während in den Sechzigern die Atomenergie als absolute Lösung aller Probleme propagiert wurde, galt das Automobil als Inbegriff der modernen Mobilität, der Freiheit und der Bequemlichkeit in einem durchtechnisierten Leben. Nicht erstaunlich also, dass es in einigen wirren Köpfen zur Fusion kam und ernsthafte Pläne für's Atomauto entwickelt wurden. Zum Glück für die Allgemeinheit entpuppte sich das Atomauto als technische Knacknuss und nach einigem Hin und Her gaben selbst die wirrsten Köpfe dieses hirnverbrannte Projekt auf.

Was die Katastrophe von Tschernobyl für die Atomstrategen, war die Ölkrise für die Asphaltgläubigen. Beides waren kurze und heftige Schockerlebnisse, tief beklagt und schnell vergessen. Danach wurde wieder zur Tagesordnung übergegangen, zum alltäglichen Fortschrittstreben, zurückgekehrt ins Diktat der Technik. Mit Erfolg: Wir brauchen das Licht nicht zu löschen und den Fernseher nicht abzuschalten: Strom ist ja genug da. Und auch mobil sind wir wie nie zuvor: Meinen wir wenigstens. Denn auch die Staus waren noch nie so lang wie heute. Wir haben uns längst an die stündlichen Staumeldungen im Radio gewöhnt. Stau auf der Strasse, Stau im Kopf. Der Wald stirbt ohnehin - wenn nicht wegen uns, dann wegen den Kohlekraftwerken im Osten.... auch bei Meldungen über lecke AKW schreien nur Wenige auf. Längst sind wir Sklaven der Technik: Wir verkaufen unsere Seele für das billige Versprechen von grenzenloser Versorgung und absoluter Mobilität.

18

A wie Armee

Der „Segen der Technik“ ist auf militärischem Mist gewachsen: Die Atomenergie ebenso wie das Automobil. Der Werdegang des Atoms von der Bombe zu „Atoms for peace“ ist bekannt. Auch auf das Auto hatte der 2. Weltkrieg eine sehr stimulierende Wirkung: Im Laufe des militärischen Wettbewerbs der Kriegsmächte wurde die Fahrzeugtechnik zu einem entscheidenden Punkt. Nach dem Krieg wurden dann die neuen Errungenschaften im

Fahrzeugbau zivilisiert. Seitdem fahren wir bequem, schnell und sicher. Und führen Krieg gegen den Wald, gegen Igel, Frösche, Rehe, spielende Kinder und unsere Lungen.

A wie Alter

Es ist mittlerweile ein offenes Geheimnis, dass das Alter den AKW zusetzt. Alternder Stahl wird brüchig und reisst, Leitungen werden undicht, Filter versagen. Mit dem Alter steigt das Risiko eines Defekts massiv, Pannen häufen sich. Alte Autos gibt es in unseren Breitengraden kaum (abgesehen von einigen Oldtimern), werden sie doch nach einigen Jahren schon in den Osten verkauft. Für Öltanker aber - und die gehören zum Auto wie die Brennstäbe zum AKW - spielt das Alter eine wichtige Rolle. Auch da wird der Stahl müde, brüchig und reisst. Tausende Kilometer ölverseuchter Strände zeugen von Altersgebrechen einer veralteten Technologie.

A wie dinosAurier

Dass Atomenergie eine Dinosauriertechnologie ist und heute und in Zukunft dezentrale Kraftwerke erneuerbarer Energie gefragt sind, haben viele Menschen schon gemerkt. Erst wenige aber halten das Auto für einen Saurier. Zu modern präsentiert die Werbung die ollen Schlitten. Dabei: Wer vorwärtskommen will und dabei über eine Tonne Blech und Kunststoffe mit sich herumschleppt, ist wirklich von vorgestern. Angesagt sind Leichtmobile, humanpowered, oder mit Elektro- oder Hybridantrieb. Mobile, die bloss einen halben Parkplatz belegen und sich mit dem Äquivalent eines Liters Benzin hundert Kilometer weit bewegen. Diese Mobile gibt es heute schon. Mensch kann sich ein Vehikel auch teilen.

A wie Abstimmung

Grad so grundsätzlich wie die AtomabschafterInnen dies mit ihrer Initiative „Strom ohne Atom“ tun wollen, sind die Verkehrsbewegten nicht: Sie verlangen nicht die Stilllegung aller Automobile (was aber zweifelsohne auch seinen Reiz hätte...), sondern wollen einfach die Anzahl der gefahrenen Kilometer halbieren. In der Schweiz, innert zehn Jahren. Bis auf die 20% der Bevölkerung, die sehr viel fährt, profitieren alle, auch diejenigen, die ab und zu wirklich auf's Auto angewiesen sind, von der Verkehrshalbierung. Die Initiative verspricht mehr Ruhe, weniger Risiko, weniger Verschmutzung, weniger Verbrauch, Ökobonus: Eine Zukunft mit Zukunft. Dinosaurier sterben eh früher oder später aus. Mit dem Verkehrshalbierungsartikel in der Verfassung geben wir dem Auto jenen Stellenwert in unserem Leben, den es verdient. Das Auto ist in gewissen Situationen ein sinnvolles Transportmittel. Nicht mehr und nicht weniger!

Wir sagen JA zur Verkehrshalbierungsinitiative am 12. März 2000

Informationen und Material zur Initiative
unter www.umverkehr.ch oder
unter Telefon 01/242.72.76



Anzeiger

Vorsicht: Abstimmung!

Kompetente, humorvolle und aktive
Anti-Atom-Gruppe im Raum Bern
sucht per sofort für ca 1 Jahr

motivierte IdealistInnen

zur Mitarbeit an der Stilllegung eines
europaweit berüchtigten Schrottreak-
tors.

Sitzungstermine auf Anfrage. Kontakt:
AMüs, Postfach 6307, 3001 BERN



„Grüß Gott! ... nur mal rein
theoretisch: Ließe sich nicht ge-
gebenenfalls wenigstens die
Perückenproduktion extrem
steigern...?“

Gezeichnet und getextet von
Christoph Roether aus 7800 Freiburg-Tiengen

Vertuschungsskandale
technische Pannen
Restrisiko und Gesellschaftskritik

interessiert?

Wir suchen noch Aktive in unseren Verein!
AMüs, PF 6307, BERN

Visionäre, unternehmungslustige Menschen

finden bei uns eine spannende, abwechslungsreiche
Arbeit.

Sie haben keine Angst vor dem Beamtenfilz und
nehmen kein Blatt vor den Mund, wenn es darum
geht, die Wahrheit aufzudecken?

Vorkenntnisse aus dem Anti-Atom-Bereich sind
nützlich, aber nicht Bedingung. Wir bieten flexible
Arbeitszeiten ohne Bezahlung und ein langjährig
bestehendes Team.

AMüs-Information, PF 6307, 3001 BERN

*Sich kennenlernen beim gemütlichen Zusam-
mensitzen und angeregt diskutieren im
Kreise guter Freundinnen und Freunde.
Fühlst Du Dich angesprochen?*

*Stilllegungsgruppe sucht Widerspenstige
und Widerständige*

Weitere Informationen:

*Aktion Mühleberg stilllegen | AMüs
Postfach 6307, 3001 BERN*

**Wir denken an morgen.
Und nicht an Ausstieg.**

OriginalwerbetonPreussenElektra